

Die „Freie“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Preis Zeit“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Verein“. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für den Monat August 70.— Mk. Im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Fernsprecher Nacht 2021. Santa 1970, 1971 und 1972. Verlag und Exped. Berlin NS 40, Kronprinzenufer 27, I.

Die großformatige Nonpareilbeilage über deren Raum kostet Mk. —, einschließlich Anzeigenbeilage. Kleine Anzeigen: Das selbstdruckte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Anzeigenbeilage. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Besuche 1.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Besuche in Wort-Anzeigen: das selbstdruckte Wort 3.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk. Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192. Berlin SW. 68, Ritterstr. 73, III.

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Noch keine Entscheidung in London

Rabineffsitzungen in London und Paris

Der weitere Verlauf der Londoner Konferenz hat eine Klärung nicht gebracht. Die Presseäußerungen deuten sogar auf Sturm. Aber die Folgen eines solchen Sturmes würden doch so verheerend sein, daß er alle schrecken muß, die jetzt zusammenkommen, ihn zu verhindern. In London sowohl wie in Paris traten die Kabinette zusammen, um ihre Vertreter mit den Weisungen zu versehen. Von London sowohl wie Paris wird über Unnachgiebigkeit der Kabinette berichtet. Dazwischen kursieren auch Meldungen, die auf den ernststen Willen schließen lassen, das schlimmste, das Aufklingen der Konferenz oder gar den Bruch der Entente zu verhindern. Da dies in der Tat im ureigensten Interesse aller an der Londoner Konferenz beteiligten Mächte liegt, wird es auch sicher zu irgendeinem Kompromiß kommen. Zu was für einem, das allerdings ist nicht vorauszuweisen. Es liegt wirklich kein Grund zu optimistischen Hoffnungen für eine Deutschland erträgliche Entscheidung vor. Dazu ist in Frankreich die geistige Umstellung noch nicht weit genug gediehen. So verhängnisvoll das auch für die Entwicklung der Wirtschaft aller Länder werden muß, so wenig läßt sich die französische Auffassung als Machtfaktor gegenwärtig ausschalten. Nichtsdestoweniger ist auch in Frankreich ein wenn auch nur ganz allmählich fortschreitendes Einlenken zu konstatieren. Darauf werden die Konferenzmächte bauen und ihrer selbst willen bauen müssen.

Das englische Kabinett hinter Lloyd George

(E.) London, 10. August. Der englische Ministerrat trat heute nachmittag um 3 Uhr zusammen und tagte bis um 6 Uhr. Seine Beratungen waren durch die Ergebnisse des französischen Ministerrates beeinflusst. Bestimmte Mitteilungen über den Verlauf des englischen Ministerrates lassen sich im Augenblick noch nicht machen. Alle Minister mit Ausnahme von Churchill und Balfour waren anwesend. Soviel verlautet jedoch recht bereits, daß Lloyd Georges Haltung auf der Konferenz vom Kabinett einstimmig gebilligt wurde. Infolgedessen erscheint die Situation untösbar und es mühte lokaliterweise zu einem Bruch kommen, sofern nicht der belgische Ministerpräsident Thémis Erfolg hätte in seinen Bemühungen, die beiden gegenüberliegenden Ministerpräsidenten auf ein gemeinsames Terrain zu bringen. In belgischen Kreisen gibt man der Ueberzeugung Ausdruck, daß solche Versuche erfolgreich sein würden. Thémis bemüht sich insbesondere in der Richtung, daß England Gegenwortschlüsse entweder selbst oder durch Vermittlung eines anderen Alliierten erhalten soll. Diese Gegenwortschlüsse könnten als Grundlage zu neuen Erörterungen dienen und der sofortige Bruch könnte vermieden werden.

Der französische Ministerrat unnachgiebig

(E.) Paris, 10. August. Das nach dem Schluß des heutigen Ministerrates ausgegebene Communiqué lautet: Der Ministerrat befragte die auswärtige Lage. Er nahm Kenntnis von den seit drei Tagen gewechselten Telegrammen und gab dem Ministerpräsidenten durch ein Telegramm, das am Schluß der Sitzung abgefaßt wurde, seine Anschauungen und seine einstimmige Billigung bekannt. Dieser offiziellen Mitteilung fügt der Temps hinzu: Der Ministerrat hat dem Ministerpräsidenten zu der Art und Weise beglückwünscht, in der er die Verhandlungen in London führte. Er empfahl den von der Regierung eingenommenen Standpunkt (sein Moratorium ohne produktive Pfänder) aufrecht zu halten. Nachdem die verschiedenen Pfänder, die vorgeschlagen wurden, geprüft worden waren, belieh der Ministerrat dem Ministerpräsidenten, dem er sein volles Vertrauen ausdrückte, die notwendige Freiheit, in diesem oder jenem besonderen Punkt.

(E.) London, 10. August. Poincaré erklärte heute Journalisten gegenüber, daß man wahrscheinlich zu einem Abkommen gelangen werde, daß die Besprechungen aber von ihrem Ende noch weit entfernt seien. Sollte es jedoch zu keinem Einvernehmen kommen, so würde er seine volle Handlungsfreiheit annehmen und tatsächlich handeln. Die Erörterungen der Sachverständigen seien schwieriger gewesen als die, die er mit Lloyd George gehabt habe. Poincaré fügte hinzu, daß er sich bemüht habe, den Charakter von Sanktionen bei seinen Vorschlägen zu vermeiden. Er habe nur solche Pfänder verlangt, die von Frankreich allein nicht erfüllt werden könnten.

Weitere belgische Vermittlungsversuche

(E.) Paris, 10. August. Der Temps behauptet, aus London erfahren zu haben: Um 12.30 Uhr begab sich der belgische Ministerpräsident Thémis zu Lloyd George, mit dem er sich bis in die Mittagshunde unterhielt. Der belgische

Plan, der auf eine Verwirklichung jener Maßnahmen abzielt, die eher den Charakter von produktiven Pfändern als von Sanktionen besitzen, scheint bei dieser Unterhaltung Gegenstand der Beratung gewesen zu sein. Man wird jedoch einen gemeinsamen Boden für die Erörterungen erst nach dem englischen Ministerrat am heutigen Nachmittag abstecken können. Der italienische Finanzsachverständige Gianini begab sich gleichfalls in die Downing Street.

Auf dem Wege der Verständigung

(E.) Paris, 10. August. Nach dem Londoner Korrespondenten des „New York Herald“ soll zwischen Lloyd George und Poincaré ein Einverständnis in der Richtung erzielt worden sein, daß die Konferenz ihre gesamten Arbeiten der Reparationskommission übertrage und dieser die Gewährung eines Moratoriums freistellen würde, sofern die Reparationskommission ein solches für nötig erachten würde. Dieses Moratorium würde durch eine abgeänderte Form der von Poincaré vorgeschlagenen produktiven Pfänder garantiert werden. Es verlautet, daß die Reparationskommission sich bereits zugunsten eines Moratoriums ausgesprochen habe. Die „Ere Nouvelle“ glaubt zu wissen, daß Millerand die Haltung Poincarés in London mißbilligt und eine gemäßigtere Politik verlangt habe.

Die Reparationskommission ausschlaggebender Faktor

(E.) Paris, 10. August. Aus London meldet Havas: Zu Kreisen der Konferenz erklärt man einstimmig, daß die Lage ernst sei, doch glaubt man in englischen und italienischen Kreisen, daß eine Uneinigkeit unter den gegenwärtigen Umständen, ohne von den Rückwirkungen zu sprechen, die diese auf die französisch-englischen Beziehungen haben könnten, keine praktische Tragweite haben würden. Wenn eine gemeinsame Lösung von den alliierten Ministerpräsidenten nicht angenommen würde, so hätte die Reparationskommission eine endgültige Entscheidung zu treffen. Es sei wahrscheinlich, daß dort eine Majorität zustande käme, um trotz der Opposition Frankreichs Deutschland ein Moratorium zu gewähren.

Moratorium — Neue Konferenz

(WZ.) London, 10. August. Evening Standard zufolge unternimmt Lloyd George anstrengte Versuche, um eine Regelung zustande zu bringen. Er blieb heute in enger Fühlung mit Poincaré und den Häuptern der übrigen Delegationen. Es wird erklärt, daß die Grundlage dieser Besprechungen der Plan sei, Deutschland ein zeitweiliges Moratorium zu gewähren, um über den 15. August, dem Zeitpunkt der nächsten Zahlung, hinaüberzukommen, und daß die Sachverständigen versuchen werden, einen Bericht in der Art des Berichtes der Reparationskommission zu verfassen. In einer neuen alliierten Konferenz, die gegen Ende dieses Monats oder Anfang September stattfinden soll, soll dieser Bericht unterbreitet werden. Wenn eine neue Konferenz beschlossen werden sollte, so werde sie wahrscheinlich außerhalb Englands stattfinden.

Siehe auch 2. Seite.

Die Verhandlungen zwischen dem Reich und Bayern

(DA.) Berlin, 10. August. Die Besprechungen der Reichsregierung mit der bayerischen Delegation wurden heute um 1 Uhr mittags abgebrochen, da einzelne Punkte noch durch besondere Resorptionsberatungen erledigt werden mußten. Die Resorptionsberatungen haben um 3 Uhr begonnen und um 5 Uhr wird das Kabinett wiederum mit der bayerischen Delegation zusammenzutreffen. Trotz dieser Verzögerung hofft man, die schwebenden Fragen noch heute erledigen zu können.

(WZ.) Berlin, 10. August. Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern der bayerischen Regierung worden heute Abend abgeschlossen. Das Ergebnis wird morgen vormittag in einer Schlusskunft festgelegt werden.

Rückzug der Griechen

(WZ.) Konstantinopel, 10. August. (Havas.) Der kommandierende General der Gendarmerie von Konstantinopel meldet, daß die griechischen Truppen in der Nähe der Demarkationslinie bei Eskatalscha den Rückzug antreten. Die Abteilung des Sektors Strandtscha steht sich gegen Adrianopel, die des Abschnitts von Eskatalscha gegen Silliri zurück und die schweren Geschütze von Lornu werden nach Adrianopel geschafft.

Zum 11. August

Von Paul Levi.

Als am 31. Juli 1919 die Nationalversammlung in Weimar die Verfassung beschloß, stimmte unsere Partei gegen die Verfassung. Sie hat sie abgelehnt, ob der Mängel, die sie in sich hatte. Sie wollte nicht, daß eine neue Verfassung des deutschen Volkes auch nur Reste der alten Kleinstaaterci mit sich schleppe. Sie wollte, daß Deutschland ein Reich sei und bleibe. Sie wollte, daß die Verfassung demokratisch sei bis in die Spitze, sie wollte nicht, daß über der Demokratie die Diktatur als legales Mittel stehe. Im Artikel 48 der Verfassung haben wir eine solche stehen. Das und anderes hatten wir an der Verfassung auszusagen. Wir glauben, daß auch nur die drei Jahre Geschichte der deutschen Republik gezeigt haben, daß es nicht simpler Querkanteneizt war, der diese Beschwerden erhob.

Die Vielstaaterci, ebened in der Form Souveränität und in der Sache Selbstverwaltung, ist heute der Form nach Selbstverwaltungskörper und beginnt in der Sache Souveränität zu gewinnen. Weit hinaus über alle „Stammeseigenschaften“ verjucht heute Bayern bewußt, um eigenen Staat und durch den eigenen Staat in Deutschland die Republik zu erröten. Die Vielstaaterci ist heute nicht mehr die Jahrmarktshude, in der die verschiedensten Kirchturnsinteressen verhandelt werden, sondern sie ist das Mittel, durch das Monarchisten und Rechtsjurististen planmäßig den Punkt befestigen, von dem aus der Hebel das Reich ins Bankrott bringen soll.

Die Vielstaaterci ist heute die Schlinge um den Hals des Reiches. Es ist eine Fronte der Geschäfte, daß der Hauffrang dieser Schlinge eben jener Artikel 48 ist, in dem manche lange Zeit den höchsten Triumph der Demokratie sehen, weil er „starke Waffen in die Hand der freiesten Demokratie“ lege. Drouoties Geschick, daß beim ersten Geseß, das die Demokratie zu ihrem wirksamsten Schutz erklärt, der Artikel 48 eine Waffe wird in der Hand derer, gegen die die Republik sich schützen will und ein Pappentitel in der Hand der Schärer der Republik. Hätten die, die der deutschen Republik die Verfassung gaben, doch gleich beariffen, daß die stärksten Waffen einer Republik nicht in „allmächtigen“ Paragraphen liegen, sondern in dem lebendigen Willen und in der Entschlossenheit derer, die den Staat geschaffen haben und ihn erhalten.

Die deutschen Arbeiter haben die deutsche Republik geschaffen. Die deutschen bürgerlichen „Demokraten“ standen teils wankend und teils händeringend daneben. Die Tradition von 1848 war nur in den Proletariern lebendig geblieben; sie waren es, die jahrzehntelang die Kränze zu den Gräbern der Märzgefallenen getragen hatten; in ihren Büchern las man noch davon, daß einst ein preukischer König dem Volke und den Toten hatte salutieren müssen. Wären die Hohenzollern 1918 nicht davongelaufen, das Bürgerrecht hätte sie behalten. Die Republik wollte allein das Präfektariat.

Aber für das Proletariat ist die bürgerliche Republik kein Selbstzweck. Die geschichtliche Aufgabe des Proletariats ist eine andere, als für die deutsche Bourgeoisie das noch zu holen, was in anderen Ländern schon die Bourgeoisie ohnehin erreicht hat. Das Bürgerrecht, der dritte Stand, ist sozial der Mutterboden, in dem das Proletariat wurzelt, aus dem heraus es sich entfaltet, dem gegenüber es selbständig, stark und von eigenen Ideen besetzt wird. Die bürgerliche Republik ist die Staatsform, aus der heraus sich proletarische Parteien entfalten, stark und von eigenem Willen besetzt werden und aufstreben einem Ziele, an dem unsere Ideen von politischer und wirtschaftlicher Freiheit verwirklicht werden. Wir alle wissen letzten Endes noch wenig über die endgültige Form des Staates oder Gemeinwesens, in dem diese unsere Ideale erfüllt werden. Ob es die Form der Räte sein wird, ob eine andere Form, wir wissen es nicht. Die Form der Räte ist in diesen schweren Jahren der härtesten Prüfung unterzogen worden; es wird des Augenblicks einer proletarischen Generation bedürfen, aus der Erfahrungen in Rußland die Lehren für künftige Kämpfe zu ziehen. Nur ein Gefühl ist in uns lebendig: die Ziele von politischer und sozialer Freiheit, denen wir aufstreben, sind in der Weimarer Verfassung nicht erreicht.

Wir, und mit uns Millionen Proletarier, waren damals 1919, der Meinung, daß es in jenen Kämpfen unsere Pflicht sei, etwas zu schaffen, was mehr unserer Ideale entspräche, eine Staatsform zu finden, die mehr die Räte ihres Schöpfers, des deutschen Proletariats trüge und nicht die schon runzeligen Züge der

Bourgeoisie. Damals, 1919, ward die Verfassung geschaffen im Kampf gegen diese Bestrebungen; als die Verfassung beschlossen war, rief das „Berliner Tageblatt“ triumphierend, jetzt ist die Revolution zu Ende.

Das war damals nicht wahr. Aber es ward wahr, nur anders als die Triumphanten es sich dachten. Der große Ansturm der Arbeiter ward, nicht durch die Weimarer Verfassung, sondern durch größere und stärkere Faktoren der Entwicklung gebrochen. Aber der Kampf der gesellschaftlichen Schichten hinter dem Schein der Weimarer Verfassung hat nicht aufgehört; hat 1919 das Proletariat in großen Teilen gegen die Weimarer Verfassung gekämpft, weil sie keine Verfassung des zwanzigsten Jahrhunderts sei, so kämpfen heute geschlagene Feldherren und ausgekniffene Kronenträger gegen sie, weil sie keine Verfassung des achtzehnten Jahrhunderts sei. In seiner Relativität auch alles politische Geschehen ist die Mauer, die gegen die Revolution errichtet ward, von der Reaktion bestärkt; so sehr ist die Revolution von ihrem höchsten Punkte zurückgegangen, daß das, was vor drei Jahren von ihr bekämpft wurde, weil es zu wenig war, von ihr heute verteidigt werden muß, weil es anderen zuviel ist.

Haben wir etwas preisgegeben von dem, was wir ehedem wollten, wenn wir heute so stehen? Mitnichten. Von der „rechtsten“ Sozialdemokratie bis zu den „linksten“ Kommunisten ist das Gefühl heute einheitlich, daß die Republik verteidigt werden muß, nicht nur, weil Schlimmeres verhütet wird, sondern weil das Proletariat in der bürgerlichen Demokratie die Staatsform verteidigt, in der es seine Organisation als Klasse und als Partei, als Faktor der Gegenwart und Zukunft am einstufigsten vollzieht. Als etwas Vergänglichem verteidigen wir die Republik, aber als etwas, was als Restes von der großen Bewegung der Arbeiter von 1918 geblieben ist und als etwas, was nicht mehr unter dem Schutte des Verangenehten begraben werden darf, sondern als einen Garten, in dem der Samen für die Zukunft ausgestreut ruht.

Weimar und die USPD.

Vor der Abstimmung über die Verfassung der deutschen Republik hielt am 30. Juli 1919 Genosse Dr. Oscar Cohn in der Nationalversammlung in Weimar eine Rede, in der er die Stellung der USPD zur Verfassung begründete. Er sagte in seinen Schlussätzen: „Es ist eine falsche Folgerung aus den Kriegsergebnissen, wenn man sagt, der Sozialismus sei durch den Krieg vernichtet. Im Gegenteil, er hat durch ihn einen neuen und starken Antriebs erhalten. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Heilung der Kriegssolgen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, menschlicher und namentlich auch ethischer Art ohne den Sozialismus nicht möglich und nur erreichbar ist durch den Sozialismus. Wir sind der Ueberzeugung, daß die stolze Epoche der deutschen Geschichte und der Menschheitsgeschichte erst jetzt beginnen soll, wo der Wahnsinn der alten Entwicklung und der Verkäuflichkeit des Deutschen Reiches, das nur auf äußere Macht begründet war, endgültig widerlegt sind. Diese stolze Entwicklung ist nur möglich als eine Entwicklung des Sozialismus und sie ist ebenso nur denkbar und möglich unter Abkehr von dem engen Nationalismus, im Ausstieg zum Internationalismus. Die deutsche Arbeiterschaft, die nicht zuletzt durch den Krieg in ihrem gesellschaftlichen Sein vernichtet worden ist, sie wird sich nur aufbauen und erholen können im engsten Anschluß an die gleichstrebenden und gleichstrebenden und enterbten Klassen der ganzen Welt. Die Abkehr vom Nationalismus, die Abkehr zum Internationalismus, die Abkehr von der Scheindemokratie und die Abkehr zur wahren Demokratie, das ist die Ueberzeugung, aus der heraus wir diese Verfassung ablehnen und unsere Arbeit fortsetzen müssen.“ Für die USPD erklärte Paul Poche, daß die Bestimmungen über die Wirtschaft, die Vermögensfrage und die Wahl der Landesherren die Erscheinung eines gegen die Sozialdemokratie gerichteten bürgerlichen Bloßes gezeitigt hätten. Das mache es seiner Partei schwer, für die Verfassung zu stimmen.

Dem Andenken Jean Jaures

Die Rede des Genossen Breitfeld in Paris

Wir lassen hiermit den Gehalt der Rede Breitfelds, der sich mit der internationalen Politik der Arbeiterklasse beschäftigt, folgen.

Noch einmal, damit kein Mißverständnis über meine Worte entsteht: Ich bin weit davon entfernt zu denken, daß Deutschland alles tut, was es möchte, damit seine Beziehungen zu Frankreich so werden, wie wir es wünschen. Deutschland, das imperialistische Deutschland, hat sich in der Vergangenheit mit einer ungeheuren Verantwortungs belastet, unter deren Folgen es heute leidet.

Und ich verheimliche nicht, daß es auch gegenwärtig noch in der deutschen Republik Laufende und Laufende von Menschen gibt, die noch durchdrungen sind von dem Geist von früher, die forschen, die achtesten Gottheiten anzubeten, und die nicht nur den Sozialismus, sondern auch die Demokratie und die Republik verabsäumen. Sie sind es, die gegen die Repräsentanten des republikanischen Gedankens weniger mit den Waffen ihres armen Geistes kämpfen als dadurch, daß sie aus den Argumenten Zuflucht nehmen, die ihnen die Revolverkugeln und die Handgranaten bieten. Sie, die unfähig sind, die neuen Zeiten zu verstehen, vergessen die Person und Gehirne der Schuljugend. Ich weiß sehr wohl, in welchem Maße diese unheilvollen Menschen dazu beitragen, die Aufklärung guter und freundschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu verhindern, obwohl diese Beziehungen für den Aufbau der Welt unerlässlich sind.

Ich weiß und ich wiederhole, was ich oft genug von der Tribune des Reichstags aus gesagt habe: Diese Menschen sind eine Gefahr für den Frieden.

Aber die Gefahr, die sie bilden, wird noch viel größer, wenn man im Ausland nicht erkennt, daß sie nur einen Teil meines Landes ausmachen, daß diese Menschen nicht Deutschland sind, so wie wir erkennen müssen, daß Leon Daudet nicht Frankreich ist. Viele Menschen werden aufwachen, eine Gefahr zu sein an dem Tage, wo man begreifen wird, daß das neue Deutschland, das heißt vor allem das Deutschland der Arbeiter gegen das alte Deutschland unterkühlt werden muß.

Ich weiß keine Anankst daran, daß Jaures das verstanden und danach gehandelt haben würde. Er würde gesehen haben, daß der beste Verbündete des deutschen Nationalismus die Intransigence des französischen Nationalismus ist, ebenso wie wir uns Rechenschaft darüber geben, daß der

Sie tue es dennoch im Vertrauen auf die lebendige Entwicklung, die sich als stärker erweisen werde, als papierne Hemmungen.

Die Entscheidung der Sachverständigen

(E.P.) London, 10. August. Die gestrige Sitzung der Sachverständigenkommission hat sich fast ausschließlich mit der Redaktion des Berichtes für die politische Konferenz beschäftigt. Die hauptsächlichsten Punkte dieses Dokumentes sind nach Informationen aus amtlicher Quelle folgende:

1. Erhebung von 26 Prozent ad valorem auf die deutsche Ausfuhr.

Nach Ansicht der Kommission soll diese Maßnahme eine halbe Milliarde Goldmark einbringen. Die Maßnahme wurde von den Sachverständigen unter der Bedingung einstimmig angenommen, daß die aus dieser Quelle eingehenden Beträge einem besonderen Konto des Garantiekomitees zuzuführen, das hierüber verfügen kann.

2. Beschlagnahme der deutschen Zölle, d. h. Verfügnngsrecht des Garantiekomitees über die Erträge zölle der Ein- und Ausfuhrzölle.

Auch diese Maßnahme wurde einstimmig gutgeheißen. Ueber alle weiteren Punkte konnte keine Einigung erzielt werden, da die verschiedenen Delegierten auf ihren Ansichten beharrten.

3. Wiedererrichtung der Zollgrenze im Osten der besetzten Gebiete.

Dieser Punkt wurde von den Engländern, Belgiern und Italienern abgelehnt. Der belgische Delegierte führte aus, daß Belgien einen beträchtlichen Durchgangshandel mit Deutschland habe und daß die Anwendung dieser Maßnahme den Handel mit Deutschland halt über Antwerpen nach Rotterdam ablenken würde. Die Bestellung von der Ausfuhrzölle für den belgischen Durchgangshandel würde wertlos sein, da Deutschland schon im letzten Jahre die Absicht zu erkennen gegeben habe, daß es im Falle von Repressalien den Weg über Holland wählen würde.

4. Die staatlichen Bergwerke im Ruhrgebiet und die staatlichen Wälder auf dem linken Rheinufer.

Der Kontrolle über die Forderung der Bergwerke wurde außer von den Franzosen auch von den Italienern und Belgiern zugestimmt, da sie eine wirksame Garantie in qualitativer und quantitativer Beziehung gegen die bisherige Unzulänglichkeit der Kohlenlieferung bilden würde. Das Förderungsquantum dieser Bergwerke erreichte nahezu 50 Prozent der von Deutschland gelieferten Kohle. Die Kontrolle wäre einer der Reparationskommission unterstehenden Verwaltung zu übertragen. Auch bezüglich der Kontrolle der staatlichen Wälder kam es zu einer grundsätzlichen Verständigung zwischen den Franzosen, Italienern und Belgiern. Man erkannte jedoch an, daß dieser Punkt ungleich schwieriger als die Kontrolle der Forderung der Bergwerke sei, da es für die Alliirten außerst schwierig sein würde, die Ausbeutung dieser Domänen zu organisieren. Die Italiener und Belgier wählten, diese Frage mit der der Sachlieferungen verknüpft zu sehen. Sie wiesen darauf hin, daß 70 Proz. der deutschen Wälder dem deutschen Staat gehören, und daß sie eine Quelle für die Reparationszahlungen seien, die die Finanzen des Reiches nicht schädigen würde.

5. Für die Erzeugnisse des Ruhrgebietes Voreinstellung der Alliierten auf 60 Prozent an den Ausbustrien auf dem linken Rheinufer.

Dieser Vorschlag wurde nur von den Franzosen unterstützt, die ihn damit begründeten, daß diese Maßnahme sich gegen die Großindustrie richte, deren großer Einfluß auf die Regierung nicht geachtet werden sollte. Die übrigen Delegierten wandten dagegen ein, daß die Regierung die Eigentümer zu entschädigen haben würde. Dies würde eine Summe von 74 Milliarden Goldmark erfordern, deren Aufbringung eine weitere ungeheure Inflation verursachen und das Gegenteil von dem, was angestrebt werde, herbeiführen würde.

Der Bericht sollte ursprünglich in der auf heute morgen 11 Uhr anberaumten Besprechung der politischen Konferenz

Besprochen werden. Gestern nacht wurde jedoch mitgeteilt, daß die Vollziehung vertagt worden sei und daß ein neues Datum nicht bestimmt wurde. Der Grund dafür liegt in der Einberufung des französischen Ministerrats. Poincaré möchte in der Tat die Meinung seiner Kollegen hinsichtlich des englischen Widerstandes in der Frage der Zollstrafen am Rhein kennen lernen. Er empfing gestern abend ein Telegramm Millerands, das ihm Entschlossenheit empfahl. Die Beschlüsse der Sachverständigenkommission sind, wie es heißt, zwar in sehr höflicher Form abgelehnt, aber doch in deutlichen Ausdrücken der energischen Ablehnung, die für die Franzosen äußerst unbedeutend erscheinen mußte. Den ganzen gestrigen Tag über haben Unterhandlungen mit den Führern der Delegation stattgefunden. Die Verhandlungen im Cleridge-Hotel, an denen auch Theunis teilnahm, haben volle drei Stunden gedauert. Trotz allem ist man im allgemeinen der Ansicht, daß wenig Fortschritt gemacht worden sind und daß der heutige Tag große Schwierigkeiten, vielleicht schon die Krise, bringen werde. Heute nachmittag wird in Downingstreet ein englischer Kabinettsrat stattfinden. Die abwesenden Minister wurden dringend nach London berufen.

Ein Gewaltstreik der bayerischen Justiz

Genosse Fehrenbach in Halle verhaftet.

Donnerstag früh wurde Genosse Felix Fehrenbach auf Grund eines Haftbefehls des Münchener Volksgerichts in seiner Wohnung in Halle verhaftet und von drei Beamten nach Bayern verschleppt. Gründe der Verhaftung sind nicht bekannt. Wie uns außerdem mitgeteilt wird, sind in München auch die Redakteure unseres dortigen Parteiblattes, die Genossen Kämpfer und Winiar, verhaftet worden.

Ueber den Grund der Verhaftung konnten wir bis zum Redaktionschluß nichts erfahren. Die bayerische Reaktion lechzt offenbar nach Vorbeeren.

Ueber die Verhaftung des Genossen Fehrenbach erfahren wir noch folgendes: Die Münchener Polizei entsandte zwei Polizeibeamte nach Halle mit dem Auftrage, eine Durchsuchung der Wohnung Fehrenbachs vorzunehmen. Die Münchener Polizeibeamten setzten sich mit der Hallenser Polizeiverwaltung in Verbindung. Von letzterer wurde ihnen ein Beamter zur Ausführung ihres Auftrages beigegeben. Welchen Zweck man mit der Hausdurchsuchung verfolgte und welches Ergebnis sie zeitigte, war noch nicht zu erfahren. Die Polizeibeamten führten Fehrenbach zur Polizeiverwaltung. Dort hat Genosse Fehrenbach verlangt, sofort dem Untersuchungsrichter in Halle vorgeführt zu werden. Das geschah. Der Untersuchungsrichter aber erklärte sich für die Unternehmung des gegen Fehrenbach in München eingeleiteten Verfahrens nicht zuständig. Dadurch erhielten die bayerischen Polizeibeamten Gelegenheit, Fehrenbach nach München zu transportieren. Gestern mittag 11 Uhr wurde er nach München abgeführt.

Wie M.F.B. kurz vor Redaktionschluß meldet, sind die Verhaftungen auf Anordnung des Münchener Volksgerichts erfolgt.

Kronprinz Rupprecht in Paris?

(E.P.) Brüssel, 10. August. „Nationale Belgique“ läßt sich aus Paris melden, daß der ehemalige Kronprinz Rupprecht von Bayern kürzlich in Paris gewesen wäre, um mit dem Vetter der französischen Postil wegen der Wiedereinsetzung der Wittelsbacher zu verhandeln. Wenn sein Plan angenommen würde, so würde Bayern sich von Berlin loslösen, sich mit Oesterreich verbünden und ein autonomer Staat werden. Kronprinz Rupprecht soll sich bereit erklärt haben, gegenüber Frankreich gewisse Verpflichtungen einzugehen. „Nationale Belgique“ fügt hinzu, Rupprecht habe seinen Standpunkt bevollmächtigten französischen Persönlichkeiten dargelegt, die ihrerseits Bedingungen stellen und Garantien fordern. Das belgische Blatt fordert Klarstellung, ob diese Gerüchte wahr seien.

Wir bringen diese Meldung mit allem Vorbehalt, obwohl uns nach alledem, was wir in letzter Zeit aus Bayern hörten und auch von dort gegen das Reich unternommen wurde, eine Verstärkung der obenstehenden Meldung wahrlich nicht überraschen würde.

französische Nationalismus keine bessere Stütze hat als den deutschen Nationalismus.

Aber ihr Sozialisten, Republikaner, Demokraten, die ihr die Erinnerung an Jean Jaures feiert, werdet, des Bin ich sicher, in seinem Geiste handeln. An diesem Tage richte ich an euch im Namen des deutschen Proletariats die heilige Bitte: Seid der deutschen Republik in ihrem riesenhafte Kampf, den sie führen muß! Indem ihr den deutschen Sozialisten und Republikanern eure Hilfe leistet, könnt ihr den berechtigten Stolz empfinden, die demokratische Mission zu erfüllen, die eure große Revolution Frankreich übertragen hat. Ihr verteidigt nämlich eure eigene Sache und die der neuen Generationen; denn Europa würde auf neue in das Chaos stürzen, wenn die deutsche Republik zusammenbräche.

Ihr seid unsere Verbündeten! Die moralischen Waffen, die ihr uns leihen könnt, werden uns den Sieg erndlichen. Eure herrschenden Klassen müssen, dank euch, lernen, daß die Erhaltung der deutschen Republik eine Notwendigkeit ist. Wenn es ist, daß sie dank euch verstehen, daß Frankreich nicht den Wunsch haben kann, das Leben unserer Republik schwerer zu machen.

Ah kann an diesem Abend das Problem nicht nach allen Richtungen hin untersuchen. Laßt mich nur zwei Worte sagen.

Zuerst dieses: Wir deutschen Sozialisten erkennen sowohl die juristische wie die moralische Verpflichtung Deutschlands an, die Reparationen sicherzustellen. Diejenigen, die wie ich Gelegenheiten hatten, die zerstörten Gebiete zu sehen, kennen die blutenden Wunden, die Frankreich geschlagen wurden, und ich wünsche, daß alle Abgeordneten des Reichstags diesen Teil eures Landes sähen.

Aber ich wünsche auch, daß eure Deputierten und Senatoren das Elend der deutschen Arbeiter und die Unterernährung unserer Kinder sähen. Sie würden erkennen, daß die deutsche Verpflichtung nicht unbeachtet sein kann. Die internationalen Arbeiterkonferenzen haben ihre Grenzen gezogen, indem sie sie nach der tatsächlichen Fähigkeit des deutschen Volkes festsetzten.

Und dann dieses: Die Fähigkeit des deutschen Volkes wird um so größer sein, wenn es ermutigt werden wird, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Und es ist nicht schwer zu verstehen, daß dieses zum Elend verurteilte Volk ermutigt wird, wenn es nicht den Eindruck erhält, daß man seine Wieder- aufrichtungs verbündeten will. Mit andern Worten: Nicht mit Sanktionen und Kommissionen kann man die Probleme lösen, und es liege den republikanischen Gedanken schwächen, wollte man das Gebiet der Republik verzerren, sei es in Bayern, sei es am Rhein. Ich sage keineswegs, daß die

französische Reaktionen Absichten dieser Art verfolgt. Aber ich glaube, euch die Gefahren aufzulegen zu sollen, die uns bedrohen.

Noch einmal: Am Namen Jaures leidet uns Diffe und Verstand, um uns zu erndlichen, die deutsche Republik zu retten. Ich verspreche euch, daß die deutschen Arbeiter alles tun werden, was sie können, um ihre Errungenschaften zu verteidigen und um die Mächte von früher definitiv niederzuschlagen. Die Republik ist sicher nicht das letzte Ziel, dem die Arbeiterklasse anhält, aber sie bildet den Boden, auf dem das Proletariat seine Schlachten mit den größten Chancen für den Erfolg liefern kann. Wir wollen uns nicht von diesem Boden verdrängen lassen.

Die Arbeiter Deutschlands führen, leider, diesen Kampf nicht gemeinsam. Aber der Nord an Nahebau hat wenigstens die beiden sozialistischen Parteien, die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen, einander genähert. Wir haben für unser Teil eine Einheitsfront verwirklicht, und ich hoffe bestimmt, daß wir nicht abgelenkt werden, eine einzige Partei zu bilden, die ihre Anstrengungen im Geiste Jaures fortsetzen wird: grundlegende Opposition gegen die kapitalistische Gesellschaft, in dem sie die verschiedenen Situationen im Interesse der Arbeiterklasse ausnutzt.

Die Einigkeit in Deutschland wird uns der internationalen Einigkeit nähern, die schließlich das große Projekt des zerstörbenen Reiches verwirklichen wird: den Krieg zu beenden! Die Bestimmungen, die daran zweifeln sollten, mögen sich der Worte Jaures erinnern:

„Wir wissen wohl, daß es noch nicht von den Proletariern abhängt, die Unordnungen und die Ungerechtigkeiten des Kapitals durch die Gewerkschaft der souveränen und organisierten Arbeit zu erlösen. Es wird eine ungeheure und schwierige Anstrengung nötig sein, damit dieser schwache Anfang des allgemeinen Friedens und der allgemeinen Gerechtigkeit gesichert wird, sich ausdehnt und das Leben erneuert. Aber wir wissen, daß es nur da eine Hoffnung und eine Idee gibt, daß die Welt an einer intellektuellen und moralischen Umformung zur Ruhe gehen würde, wenn das große sozialistische Licht nicht über ihr aufginge.“

Tages-Notizen

Quelle Hörsch wurde ab 1. November 1922 für die Winterzeit an der „Nationale Belgique“ veröffentlicht, das im Herbst nach Übersetzung des Inhalts in der Gartenbergsstraße 6 unter der Leitung von Theodor Lagler neu eröffnet werden wird.

Das Neue Opernhaus, Schöneberg, welches künftiger Veränderungen wegen seit dem 15. Juni geschlossen ist, wird am 18. September unter der Leitung der Frau Margarete Köhler, bisher Mitglied der Robert-Bühnen, unter dem Namen „West-Kommunale“ neu eröffnet.

Das Todesurteil von Moskau

(CP.) Paris, 10. August. Die „Humanität“ veröffentlicht ein Telegramm, das ihr aus Moskau zugegangen ist. Es heißt darin, daß zwei der angeklagten Sozialrevolutionäre freigesprochen seien (wie aus einer Meldung des Oxygraph hervorgeht, die Denunzianten Semjonow und Konoplewa). zehn der Angeklagten sind zu Gefängnisstrafen von zwei bis zehn Jahren, vierzehn zum Tode verurteilt und weitere zehn sind benadigt worden.

Die Vollstreckung des Urteils der zum Tode verurteilten Angeklagten ist aufgeschoben worden unter der Bedingung, daß die Sozialrevolutionäre ihre terroristischen Arbeiten und ihre militärische Spionage gegen die Sowjetbehörden aufgeben. Wenn die Partei ihren Kampf gegen die Sowjets fortsetzen würde, so sollen die zum Tode Verurteilten sofort hingerichtet werden.

Der Vollstreckungsausschuß der kommunistischen Internationale hat einen Appell an alle Arbeiterorganisationen gerichtet, worin die Arbeiter aufgefordert werden, auf die Sozialrevolutionäre einen Druck auszuüben, damit sie ihre Beziehungen mit den kapitalistischen Regierungen aufgeben.

Die Namen der zum Tode verurteilten lauten: Goh, Donski, Verstein, Wendelmann, Grabowska, Pjatschew, Iwanow, Eugenie Ratner, Elind, Timofejew, Morozow, Aljanow, Aljowsky und Helene Iwanowa.

Ein Monstertverbrechen, der im Laufe von fünf Monaten die Aufmerksamkeit aller denkenden und klassenbewußten Proletarier auf sich konzentriert hat, ist zu Ende gegangen. Zwölf von den angeklagten Sozialrevolutionären sind zum Tode verurteilt; wir rechnen natürlich dazu nicht den Renegaten Ignatjew und die Lockspitzel Semenow und Konoplewa, die, wie die übrigen Angeklagten der sogenannten zweiten Gruppe, in Freiheit sind und für ihre Verdienste sicherlich noch reichlich entlohnt werden.

Zwölf Todesurteile, neun Zuchthausurteile — so lautet das Urteil des Gerichts, das die schlimmsten Massenverbrechen einer reaktionären Periode unter Stolypin beneideten könnten. Und dieses Urteil des Gerichts ist von dem Vorstand des Allrussischen Zentralerekutivkomitees, soweit es sich um das Todesurteil handelt, mit einer Bedingung bekräftigt worden: seine Ausführung wird suspendiert; es wird aber ausgeführt, falls die Partei der Sozialrevolutionäre die Methoden bewaffneten Kampfes gegen die bolschewistische Regierung fortzuführen und auch weiterhin eine Spionagetätigkeit treiben wird.

Was bedeutet dieses Urteil?
Es bedeutet, daß die verurteilten Sozialrevolutionäre in jedem Augenblick erschossen werden können, in dem es der bolschewistischen politischen Polizei „festzustellen“ beliebt, daß irgendein wirkliches oder gewöhnliches Mitglied der sozialrevolutionären Partei in Rußland oder im Ausland bei einer Tätigkeit „erfaßt“ wird, die die Bolschewisten als bewaffneten Kampf oder als Spionage bezeichnen. Es bedeutet, daß jeder Lockspitzel in der Art von Semenow oder Konoplewa imstande ist, auf Weisheit einer bolschewistischen Behörde jeden Augenblick das zu einer Erschießung notwendige Material zu verschaffen. Es bedeutet, daß Goh und seine Genossen zu einer ungläubigen Qual verurteilt sind, einer ewigen Erwartung ihrer Erschießung, völlig ausgesetzt der Willkür ihrer Schergen. Es bedeutet schließlich, daß ein Kampf um die Köpfe dieser Männer, die dem Tode schon mehrmals ins Antlitz gesehen und die zaristischen Gefängnisse und Zuchthäuser vollauf ausgespottet haben, auch weiterhin innerhalb der bolschewistischen Partei geführt wird, — ein Kampf, der vorläufig zu einem „Kompromiß“ geführt hat, dessen Grausamkeit alles Erdenkliche übertrifft.

Es bedeutet aber auch, daß die Arbeiterklasse Rußlands und der ganzen Welt auch nicht für einen Augenblick ihren Kampf einstellen kann, ihren Kampf, den sie nicht nur um die Rettung derjenigen Männer führt, denen der Tod droht, sondern um die vollständige Amnestie für die verurteilten Sozialrevolutionäre sowohl, wie für alle politisch Inhaftierten und Verbannten in Rußland. Denn nur darin — in einer vollständigen Einstellung der politischen Verfolgungen und der Herstellung politischer Freiheit in Rußland — liegt die Gewähr dafür, daß die Schandtat und Greuel, die im Prozeß der Sozialrevolutionäre so kraß vor Augen getreten sind, und die die russischen Volksmassen, insbesondere die Arbeiterklasse, heute so schwer treffen, einmal ein Ende nehmen. Die neu einsetzenden Verfolgungen gegen die sozialdemokratische Arbeiter-Partei werden jedem Arbeiter beweisen, welche Erklärungen die Bolschewisten ihrer terroristischen Politik in der Vergangenheit auch geben mögen, heute erdrückt sie vor allem die arbeitenden Massen; sie desorganisiert und demoralisiert sie in ihrem Kampfe gegen die neue Bourgeoisie und gegen die zivile und militärische Bürokratie.

Und dieser Kampf des internationalen Proletariats ist keineswegs hoffnungslos. Die Bolschewisten haben

den ihnen in die Hände geratenen Sozialrevolutionären gegenüber unerhörte Grausamkeiten ausgeübt. Sie haben ihre Pläne nicht vollständig aufgegeben, und haben die Möglichkeit, ihre politischen Feinde morgen schon zu ermorden. Heute aber ist die schon erhobene Hand des Hakens angehalten. Es ist der entrüstete Protest der Proletarier der ganzen Welt, der diesen Henkern in den Arm gefallen ist. Von seiner Kraft, Dauerhaftigkeit und Energie hängen auch die weiteren Erfolge des Kampfes ab.

Stipendiosie

Den armen Redakteuren von der „Rote Fahne“ ist Schreckliches geschehen. Bonach sie achorsam seit sechs Wochen ruhen, und worauf sie mit Indignation sich seit Wochen gefreut haben, ist ihnen nicht geworden: die Leichen der Sozialrevolutionäre. Und nun ist den Kernten — man sollte es kaum glauben — der Leidensdruck ihrer eigenen Nordsee in den Kopf gestiegen. Sie sehen Leichen, Leichen, Leichen.

Die angeklagten Sozialrevolutionäre sind für den armen verwirrten Redakteur „überlebte politische Leichen“. Der russischen Arbeiterschaft kommt es in ihrem Kampfe gegen die Konterrevolution nicht so sehr auf die Befreiung politischer Leichen an, und schließlich passiert dem bedauernswerten Redakteur ein entsetzliches Geschick: „Die in Verweilung begriffene Leiche“, so schreibt er, wird sich vor unieren Augen voll kommen auflösen.

Welch entsetzliches Schicksal für den Besitzer dieser Augen, und wahrscheinlich die Strafe der göttlichen Gerechtigkeit, für sein sechs Wochen laues selbes Geschick: Tod den Verrätern, Tod den Verrätern!

Sollte die „Rote Fahne“ aber weiter von in solch bedauernswerten Zustand befindlichen Redakteuren geleitet werden, so wird sie nicht nur ein hervorstechendes Objekt für psychopathische Unteruchungsanstalten sein, sondern es würde sich für den Berliner Magistrat gewiß eine gute Einnahmequelle daraus ergeben, wenn er für das Leichen des Blattes eine Leichenbestatterin erhütte.

Deutschnationale Demagogie

Die thüringische Regierung verlangt von ihren Beamten die eidesstattliche Versicherung, daß sie keiner verdorbenen Vereinigung, noch einer sonstigen monarchistischen oder antirepublikanischen Vereinigung angehören oder anhänglich sind. Außerdem sollen sie vorbehaltlos erklären, daß sie auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen und antirepublikanische Bestrebungen weder unterstützen, noch unterstützen werden. Nach den schlimmsten Erfahrungen, die wir vier Jahre mit dem bestehenden Beamtenapparat gemacht haben, ein durchaus einwandfreies Vorgehen einer Regierung, der das Gedeihen und Wohlergehen der Republik anvertraut ist. Die Beamten mögen sich organisieren, wo und wie sie wollen, aber Antirepublikaner können nicht mehr Beamte einer Republik sein.

Es gibt auch tatsächlich nur eine Spezies, die in diesem Falle gegen die Thüringer Regierung auftritt — nämlich die Deutschnationalen. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Raab in Thüringen hat dieserhalb eine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, in der es u. a. heißt:

Diese Verfassung stellt einen großen Versuch gegen die versassungsmäßig gewährleistete Koalitionsfreiheit und Gewissensfreiheit dar.

Die Deutschnationalen, deren höchstes Ziel die Wiedereinführung des vergangenen kaiserlich-militärischen Rechtsinstitutes ist, ausgerechnet diese Deutschnationalen spielen sich als Hüter der Versammlungs- und Koalitionsfreiheit auf. Wer da nicht lacht, hat wahrlich jeden Sinn für Humor verloren.

Das Programm der Verfassungsfeier am 11. August

Ueber das Programm der Verfassungsfeier am morgigen 11. August, die im Reichstagsgebäude stattfindet, erzählt die „Dena“ noch folgendes: Die Feier wird eingeleitet mit Beethoven's „Eroica“-Ouvertüre, daran schließt sich die große Rede des badischen Staatspräsidenten Dr. Hummel. Das Wortspiel zu den Reichstagsrednern von Nürnberg“ beschließt die Feier im Reichstagsgebäude. Der musikalische Teil wird vom Philharmonischen Orchester unter Leitung des Generalmusikdirektors Blich ausgeführt. Vorher wird der Reichspräsident vor der großen Freitreppe vor dem Hauptportal des Reichstages die Front der Ehrenkompanie abbrechen.

Die Abendfeier im Stadttheater wird mit dem Prolog der Vintzia aus dem Gerhart Hauptmann's „Jahreszeiten“ eröffnet werden. Den Gerd Müller vom Stadttheater sprechen wird. Es folgt das Adagio der G-Moll-Symphonie von Brahms, an das sich die Deklamation der Worte der Aithens-Deutschland, gesprochen von Charlotte Schulz vom Theater an der Königgrätzerstraße anschließt. Den Schluß der Feier bildet, wie die „Dena“ meldet, die 5. Symphonie von Beethoven. An Stelle des erkrankten Furtwänglers übernimmt Wüch die musikalische Leitung. Reichspräsident Ebert wohnt den Darbietungen von der kleinen Seitenloge aus bei. In seiner Begleitung befinden sich die Mitglieder der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung sowie die Vertreter der Länder, ferner prominente Vertreter von Kunst, Wissenschaft, Industrie, Handel und Presse, Abgeordnete des Reichstages und der Landtage und Vertreter der beruflichen Organisationen.

Ein Aufruf des Reichspräsidenten

Berlin, 10. August. Der Reichspräsident hat zum Jahrestag der Verfassung nachstehende Rundschreiben erlassen:

Vor drei Jahren, am 11. August, hat sich das deutsche Volk seine Verfassung gegeben, das Fundament seiner Zukunft. Diesen Tag wollen wir, trotz aller Not der Gegenwart, mit Freude und Hoffnung begehen. An ihm wollen wir unsere Liebe zum Vaterlande bekunden. Deutschland soll nicht zugrunde gehen! Das ist unser Schwur, so lange wir atmen und arbeiten können.

Wir wollen keinen Bürgerkrieg, keine Trennung der Stämme. Wir wollen Recht. Die Verfassung hat uns nach schwerem Kampf Recht gegeben. Wir wollen Frieden. Recht soll vor Gewalt gehen. Wir wollen Freiheit. Recht soll uns Freiheit bringen. Wir wollen Einigkeit. Recht soll uns einig zusammenhalten. So soll die Verfassung uns Einigkeit, Recht und Freiheit gewährleisten.

Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Liebe des Dichters aus in Reihen innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck; er soll auch jetzt unieren harten Weg zu einer besseren Zukunft beleuchten. Sein Lied geungen gegen Avidität und Willkür soll nicht Mißbrauch finden im Parteikampf, es soll nicht der Kampfaciana derer werden, gegen die es gerichtet war; es soll auch nicht dienen als Ausdruck nationaler Ueberhebung. Aber so, wie einst der Dichter, so lieben wir heute „Deutschland über alles“. In Erfüllung seiner Sehnsucht soll unter den schwarz-rot-goldenen Fahnen der Sana von Einigkeit und Recht und Freiheit der seeliche Ausdruck unserer vaterländischen Gefühle sein.

Auf viele Jahre noch werden für uns alle Feitage des Staates zugleich Tage gemeinsamer Sorgen sein. Unter den fürchterlichen wirtschaftlichen Folgen der letzten Ereignisse leiden nicht nur unzählige Volksgenossen. Deutsches Wissen und deutsches Können, die Quellen unserer besten Kraft, sind schwer bedroht. Die Reichsregierung hat mir den Betrag von drei Millionen Mark für Zwecke der Wissenschaft, Kunst und Handwerk aus den Mitteln zur Verfügung gestellt, die der Reichstag zum Schutze der Republik bewilligt hat. Zur Hebung der Volksgesundheit durch Spiele im Freien wird eine weitere Million bereitgestellt. Aus der Verschonbarkeit dieser Summen spricht die Not unseres Landes.

Schwere Stürme sind über die junge deutsche Republik in den letzten Wochen dahingegangen. Unsere Einigkeit, unser Recht, unsere Freiheit wurden bedroht. Sie werden noch weiter bedroht sein. Wir wollen nicht verzagen. In der Not des Tages wollen wir uns freudig der Ideale erinnern, für die wir leben und wirken. Der feste Glaube an Deutschlands Rettung und die Rettung der Welt soll uns nicht verlassen.

Es lebe die deutsche Republik! Es lebe das deutsche Volk!

Berlin, den 11. August 1922.

(Leg.) Ebert,
Reichspräsident.

Wir haben vollstes Verständnis für die Absicht des Reichspräsidenten, die dem Geiste des revolutionären Dichters Hoffmann von Fallersleben und seines Liedes gewiß eher entspricht als den Mißbrauch, den die Reaktionsäre heute damit treiben. Das kann aber nicht die geschichtliche Tatsache fortwischen, daß das Lied leider 40 Jahre hindurch zum Symbol des wilhelminischen Regimes geworden ist, und damit im Bewußtsein des deutschen Volkes einen testamentarischen Charakter erhalten hat. Trotz wohlgegründeter und wohlgemeinter Aufnahme wird das Lied auf Jahre hinaus den weitesten Kreisen des arbeitenden Volkes entfremdet bleiben.

Röhne aus der Haft entlassen

B. S. Die Potsdamer Strafkammer hat gestern dem Antrag des Verteidigers v. Röhne auf Haftentlassung stattgegeben. Röhne ist noch im Laufe des achtrigen Tages aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen worden. Die Untersuchungsinstanz weigert sich nicht, ihn weiter zu behalten.

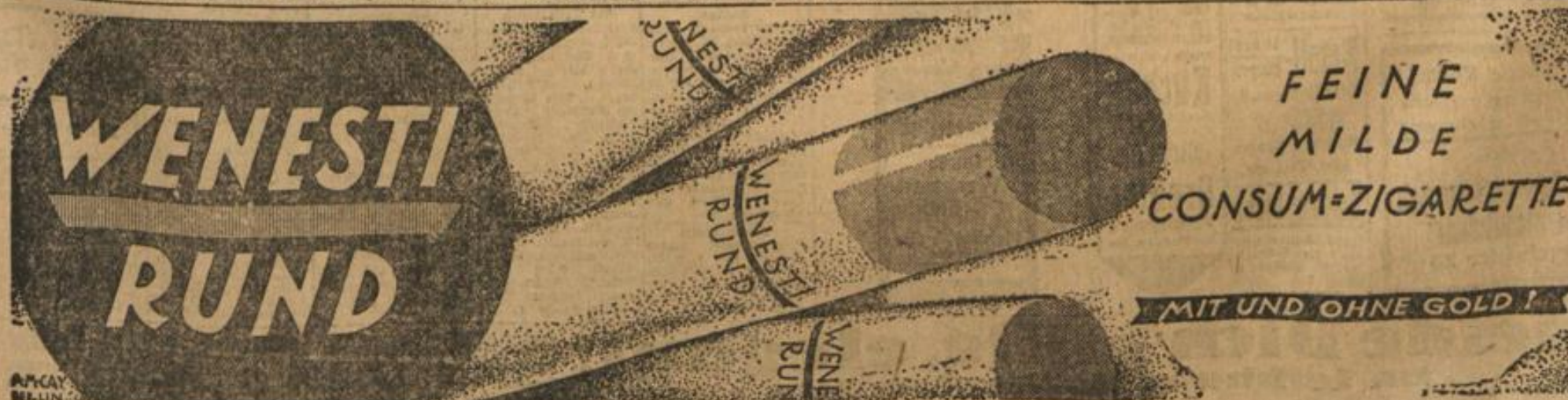
Und scheint das Verfahren, einen in mehreren Fällen dringend des Todes Verdächtigen frei herumlaufen zu lassen, etwas sehr eigenartig. Sollte es sich hier etwa um eine Ausnahme handeln, nur weil der Angeklagte a d l i g ist?

50 000 Menschen vom Tsifun getötet

(CP.) London, 10. August. Nach einer Meldung des Korrespondenten der „Times“ in Hongkong hat der in der letzten Woche gemeldete Tsifun nicht nur die Stadt Swatow heimgesucht, sondern noch 10 weitere Städte zum Teil vernichtet. Nach den letzten Nachrichten haben 50 000 Menschen bei dieser Katastrophe ihr Leben eingebüßt. 28 000 Leichen sind bisher aufgefunden worden.

Von der Reise zurück. Wulle hat noch langem Suchen sehr endlich den langgeachteten Schar gefunden, nämlich eine Drucker. Die wir hören, erscheint das deutsch-völkische „Deutsche Abendblatt“ ab nächsten Sonnabend wieder. Man wird dann hoffentlich endlich über das äußerst rätselhaft und dunkle Verschwinden dieser besonders angesehenen Zeitung der öffentlichen Meinung näheres erfahren. —

1 Dollar = 880 Mark



Zum Schutz der Republik

Richtlinien für die Mitwirkung der Schulen und Hochschulen

Der Reichsminister des Innern veröffentlicht Richtlinien für die Mitwirkung der Schulen und Hochschulen zum Schutz der Republik, die von ihm der Konferenz der Kultusminister am 19. Juli zugrunde gelegt und von den anwesenden Ministern und Vertretern fast unverändert und einstimmig angenommen worden waren. Sie werden für die von den Unterrichtsverwaltungen zu treffenden Maßnahmen von entscheidender Bedeutung sein. Wie die „Dena“ hört, haben einige Unterrichtsverwaltungen schon Verfügungen im Sinne der Richtlinien vorbereitet. Die Richtlinien haben folgenden Wortlaut:

Die Mitwirkung der Schule an der inneren Festigung der Republik umfasst Maßnahmen der staatsbürgerlichen Erziehung und der Disziplin.

I.

Auf dem Gebiete der staatsbürgerlichen Erziehung stehen die Unterrichtsverwaltungen vor folgenden Aufgaben:

1. An den Lehrbüchern der Geschichte war bisher die politisch-pädagogische Tendenz die Erziehung der Jugend für die monarchische Staatsform. Es ist notwendig, Geschichtsbücher zu schaffen, die — bei strenger Wahrung der geschichtlichen Wahrheit — diejenigen Tatsachen und Zusammenhänge klarer hervortreten lassen, die geeignet sind, das selbständige Verantwortungsabewusstsein des republikanischen Bürgers in seiner Stellung zu Staat und Gesellschaft zu wecken und zu erziehen. Für die Darstellung der Geschichte der letzten Jahre muß mit amtlicher Unterstützung eine ansehnliche Grundlage in knapper Form gegeben werden. Die Schülerbücher sind unter den gleichen Gesichtspunkten einer Prüfung zu unterziehen.

2. Der staatsbürgerliche Unterricht nach Art. 148 der Reichsverfassung ist, sofern es noch nicht geschehen ist, in allen Schulen schulpflichtig einzuführen. Brauchbare Lehrbücher sind unter Mitwirkung der Unterrichtsverwaltungen zu schaffen.

3. Die Lehrpläne für die verschiedenen Schulstufen sind, sofern sie noch stofflich und methodisch die unter 1 genannten Tendenzen vertreten, den neuen Aufgaben staatsbürgerlicher Erziehung anzupassen und methodisch auf die Grundlage der Gemeinschaftsbildung durch das Arbeitsprinzip zu stellen.

4. Bei der Ausbildung der Lehrer ist den stofflichen und methodischen Aufgaben der staatsbürgerlichen Erziehung durch Umauflistung der Lehrpläne der Lehrerbildungsanstalten ausreichend Raum zu geben. An den Hochschulen sind für die staatsbürgerliche Durchbildung der Akademiker die erforderlichen Einrichtungen zu schaffen. Zur Fortbildung der im Amte stehenden Lehrer für den staatsbürgerlichen und geschichtlichen Unterricht sind, möglichst in Zusammenarbeit mit den Lehrerverbänden, die erforderlichen Einrichtungen zu schaffen.

5. Zur Förderung und Erleichterung der von den Unterrichtsverwaltungen der Länder durchzuführenden Maßnahmen wird beim Reichsministerium des Innern ein Ausschuss aus Vertretern der Landesschulbehörden, Distrikts-, Staatsrechtslehrern und Pädagogen gebildet, der bei der Umgestaltung und Neuauflistung von Lehrbüchern und Lehrmitteln, bei der Einrichtung von Kursen unterstützend, beratend und anregend mitwirkt.

II.

Die Durchführung dieser Maßnahmen setzt einen Lehrkörper in allen Schulen, besonders auch in den Hochschulen voraus, der sich der verantwortungsvollen Aufgabe eines Jugendzählers und der Pflichten des Beamten eines republikanischen Staatswesens in gleichem Maße bewusst ist. Der im Beamtenrecht aller Länder geltende Grundsatz, daß der Beamte das ihm übertragenen Amt der Verfassung und den Gesetzen entsprechend gewissenhaft wahrzunehmen und durch sein Verhalten in und außer dem Amte sich der Achtung, die sein Beruf erfordert, würdig zu zeigen hat, legt dem Lehrer ganz besondere Pflichten auf. Es genügt nicht, daß er bei Ausübung seiner amtlichen Tätigkeit jede Geringschätzung der geltenden Staatsform oder der verfassungsmäßigen Regierungen des Reichs oder der Länder ver-

meidet, sondern er hat die Jugend für die Mitarbeit am Volksstaat heranzubilden, sie zur Mitverantwortung für das Wohl des Staates zu erziehen, Staatsgefürung zu wecken und zu pflegen. Pflicht der Schulaufsichtsbehörden ist es, den Lehrer bei Durchführung dieser Aufgabe mit ihrer ganzen Autorität zu unterstützen, bei etwaigen Verstößen aber unnachsichtlich einzuschreiten. Unvereinbar mit dem Geiste staatsbürgerlicher Erziehung ist jede Beeinflussung der Schüler in parteipolitischen Sinne, wie überhaupt die Fernhaltung der Parteipolitik von der Schule eine Selbstverständlichkeit ist. Dazu ist notwendig, daß die Schüler von Vereinigungen ausgeschlossen bleiben, deren Absichten den staatsbürgerlichen Aufgaben der Schule zuwiderlaufen. Die Schulverwaltungen werden daher dem Vereinsleben der Schüler erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, insbesondere auch geeignete Maßnahmen zur Verhinderung derartigen Vereinigungen zu ergreifen haben. Auch das Äußere der Schule, der Wandschmuck der Klassenzimmer, die Gestaltung der Schulfeiern, hat den Anforderungen des neuen Staates Rechnung zu tragen.

Es muß der Schule gelingen, die Jugend aus der vaterländischen Not, der politischen Herrlichkeit und dem wirtschaftlichen Druck der Gegenwart innerlich zu befreien und sie auf Grund der hohen Ueberlieferung deutscher Kultur zu dem Ideal des auf Selbstverantwortung und Hingabe an die Gemeinschaft beruhenden Volksstaates zu führen. Zur Durchführung ihrer auch in wirtschaftlicher Hinsicht arundlegenden wichtigen Aufgaben bedarf die Schule der anhaltenden Förderung und tatkräftigen Anteilnahme aller Bevölkerungsschichten, insbesondere aber der nachhaltigeren Unterstützung der Finanzverwaltungen, die für die Aufgaben des Wiederaufbaues unseres Volkes auf der Grundlage einer verbesserten Volksschule ausreichende Mittel zur Verfügung stellen müssen.

„Aufrechte“ / „Esel“ / „Hochstapler“, Güte Deutsche unter sich.

Im „Bund der Aufrechten“, dessen Verbot durch Zerstörung der Staatsgerichtshof bekräftigt hat, sind die Führer angefangen und lassen sich allerlei liebliche Dinge. Auf der einen Seite steht eine der Berliner Größen, „Ersellen“ Rader v. Schwarzenfeld im Verein mit dem Breslauer Geschichtsforscher des Bundes, einem Herrn Kühn, im Vordertreffen, auf der anderen der Baron v. Frentaa v. Voringhoven und der Prinz August Friedrich Wilhelm zu Lippe. Frentaa v. Voringhoven ist ein adliger haltslicher Emigrant, der vor dem Volksbeweisen davon gelaufen ist, 1917 die deutsche Staatsangehörigkeit erwarb und in Breslau als Universitätsprofessor in überdeutsch-nationalem Sinn wirkte. Nach dem Bericht Kühne hat Frentaa v. Voringhoven in einer Versammlung über die Führer der Berliner „Aufrechten“ gesagt:

„Ersellen v. Rader ist überhaupt keine Ersellen gewesen, hat auch nicht einmal studiert; ich kenne ihn nur vom Rapp-Butsch her, in welcher Zeit ich ihm meine Gedanken entgegen besorgen sollte. Geheißet hat Rader nichts, als daß er in Romubien auch eine Aufrechtengruppe ins Leben gerufen hat!“

Herr v. Frentaa wandte sich dann weiter dagegen, daß die Bundesführer einen religiösen, fast spiritistischen Anstrich hätten, wobei der „Aufrechte“ und Führer des alldeutschen Verbandes in Breslau, Hauptstapler Reichsmüller, den Ruf machte: „Wir brauchen keine Religion.“ Dieser Herr Reichsmüller bezeichnete den Berliner Vorstand als eine „Gesellschaft von Hochstaplern“, während der Prinz zu Lippe, der ihm als Prinz nicht nachsehen wollte, erklärte, an einem Schriftstück des Berliner Vorstandes das i. A. (im Auftrauf) unterzeichnet sei, sei das für den Berliner Vorstand kennzeichnende das „i“-a!

Dem Breslauer „Aufrechten“ wird von den Berlinern zum Vorwurf gemacht, daß sie sehr enge Verbindungen mit Juden hätten. Der Vorsitzende der deutsch-nationalen Stadtabteilung hatte wohl vorgegeben, deutsch-national zu sein, seine Frau wäre aber mehrheitssozialistin, seine Schwiegermutter Kommunistin und sein Bürokräulein, das Arbeiten für die deutschnationale Partei mache, Demokratin. (Es scheint dem-

nach in Breslau ja ein nettes Epitheton zu herrschen. D. Red.) Eine andere Breslauer Größe, Professor Koch, wäre wohl Monarchist, aber, wie viele, kein Freund vom Kaiser. Er haßt oder besser verurteilt aufs Schärfste, und nicht am Kaiser allein, sondern an allen Fürsten, daß diese nicht den Kampf um ihre Throne von Gott verliehenen Kronenrechte gewohnt haben, selbst auf die Gefahr eines Bürgerkrieges. Frentaa v. Voringhoven wird von den Berliner „Aufrechten“ zusammenschließend geschildert:

„Der Herr Baron ist keine Persönlichkeit, die das große Prinzip der Einigung der echten Deutschen in Person repräsentieren könnte; auf alle Fälle stehen ihm viele echt deutsche Kreise ablehnend gegenüber. Herr Baron dürfte vielleicht später einmal der rechte Mann für uns sein, aber ob heute? Wenn schon Ersellen v. Rader an dem bodenlosen Adelsstolz und der Herrschsucht des Herrn Baron sich stößt, so kann ich die Anschauung weiter bürgerlicher Kreise, die mit wahrer Selbstverleugung im Dienste des Vaterlandes in dieser Zeit mitarbeiten, verhehen, daß wir eigentlich nur vorläufig gut genug dazu sind, mitzuarbeiten, bis die Herren wie von Frentaa wieder das Heft in Händen haben; dann heißt es: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan usw.“

So sieht es hinter den Kulissen der Monarchisten aus. Sie nennen sich gegenseitig Hochstapler, Esel und Diebe. Diese Gesellschaft macht sich an, wieder die Geschicke des deutschen Volkes in die Hand nehmen zu wollen.

Bazille als Beutemacher

Zwischen dem Deutschnationalen Bazille und dem Rechtssozialisten Reil gab es vor kurzem im Reichstage einen Zusammenstoß, bei dem Bazille zum Vorwurf gemacht wurde, er hätte sich in seiner Eigenschaft als Präsident der Zivilverwaltung der belgischen Provinz Limburg an Gegenständen, die deutsches Heeresbesitz waren, bereichert, auf gut deutsch gesagt, den Staat bestohlen. Die Deutschnationalen fragten beweglich über „Durchschnäfflung der Personalakten“. Demgegenüber weisen die rechtssozialistischen Zeitungen darauf hin, die Durchsicht von Bazilles Personalakten sei überflüssig gewesen, denn am 24. Dezember 1918 hätte die „Schwäbische Tagwacht“ folgende Liste bei Bazille in seiner Stuttgarter Wohnung gefunden und beschlagnahmten Gegenstände veröffentlicht: 2 Schinken, 2 Stück Raucherfleisch (zirka 6 Pfund), 6 Glas Butterfett (zirka 1 Kilogramm), 2 neue Paktaschen, 3 Paar neue Stiefel, 2 Paar neue Schnürschuhe, 1 Paar neue Samaschen, 3 mal 25, 40 mal 50, 21 mal 100 Zigarren, zirka 1 Kilo Schokolade, zirka 300 bis 400 Flaschen Wein, 3 mal (zirka 3 Meter) Planelle, 1 Ballen (zirka 25 Meter) schwerer schwarzer Stoff, 1 Ballen Futterstoff, 1 Ballen Wandteppich, 1 Ballen (zirka 15 Meter) schwerer schwarzer Stoff, 1 Ballen (zirka 25 Meter) schwerer schwarzer Stoff, zirka 4 Meter farbiger Kleiderstoff, 2 Reste Kleiderstoff, 1 Rolle (3 Meter 70 Zentimeter) Zobelleder, 4 gegebte schwarze Felle, 1 gegebtes schwarzes Fell, zirka 1-Kilo Kaffee. Ein Mensch, der 4 1/2 Milie, Zigarren, einige hundert Flaschen Wein, Kleiderstoffballen und Zobelleder meterweise nach Hause schickt, kann gewiß durchschauen; das gut Teil der Bazille'schen Beute ist gewiß an Ort und Stelle konfiskiert. Nicht erledigt wurde die Front, sondern von Bazillen aufgefressen.

Der Bund der Auslandsdeutschen, der Hilfsbund der Elb-Alt-Hörniger im Reich, der Deutsche Hilfsbund der Reichsverband der Kolonialdeutschen, der Wiederaufbauverein in Domburg berufen zum 8., 9. und 10. September einen Kongress aller verdrängten Deutschen nach Berlin ein. Auch der Hilfsbund für Oberitalien soll zur Teilnahme an dem Kongress aufgefordert werden. — Ausschlaggebend für die Einberufung des Kongresses war die letzte französische Drohnote und die durch die weitere Entwertung der Mark zu befürchtende Hoffnungslosigkeit der ganzen Entschädigungsaktion für die verdrängten Deutschen.

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(16. Fortsetzung.)

„Ich tu mein Arbeit, und ich will mein Ruh haben. Wenn die jemand brauchen, den sie zum Narren haben können, sollen sie ihn sich wo anders suchen. Ich laß mir's nit gefallen, für die Kränk nit, und wer mir zu nah kommt, der kriegt's mit mir zu tun.“

Der Seifertjakob machte weiter Vorhalt.
„So“, meinte sie, „Ihr meint, Ihr könnt mir Reprochen machen. Proffe Wahlzeit, merci! Da ist Euer Ziegelhütt und da bin ich — verheiratet sind wir zwei nit. Behalt Ihr Euer Ziegelhütt — ich geh meiner Weg. Ich sind immer noch Arbeit.“

Sie ließ ihren Ziegelstich stehen, warf den Klumpen Letten, der zum Formen dafalg, in die Grube zurück, wuschte sich die Hände ab und ging.

„Wenn Ihr meint, ich wär ein Hudeklumpen, so seid Ihr schief gewickelt. Zum Hudeklumpen halten laß ich mich nit.“

Am folgenden Tag war Brand. Die Klar hatte immer die Ziegel gebrannt seither. Nun laß der Ofen voll, und die Klar war weg. Dem Seifertjakob war doch ein bißchen angst.

Aber der Drehermartin hatte ein großes Maul.
„So gut wie das Weibsbild verstehe er das Brennen auch.“

Der Seifertjakob ließ ihn brennen.
Aber es gab einen schlechten Brand. Mehr als zwei Drittel Schlacken.

Und draußen vor der Hütt schritt die Klar mit Ausrassierschritten auf und ab, die Hände in den Rocktaschen, wie ein Mann, und lachte die Gänse: „Komm Wullewullewullewulle, komm.“ Und ein Narren voll Schlacken nach dem andern mußte nach dem Schlackenhausen an ihr vorbeigefahren werden.
Keiner Profit!

Nach ein paar Tagen kam der Seifertjakob und bat sie, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie stellte keine Bedingungen — sie tat's. Sie wußte, sie brauchte keine Bedingungen zu stellen, es wagte sich keiner

mehr an sie. Die Stachelreden gingen noch, aber es häti sich jeder gehütet, deutlich zu werden. Es fürchtete sich jeder, eine heimgeleuchtet zu kriegen.

Nur die Stangin ließ die Klar gewähren. Die alte Lisbeth hatte es ihr geraten.

„Rede üble Rede läuft sich einmal von selbst tot. Das ist so. Dazu braucht man nichts zu machen. Und jeder böse Mund wird von selbst müd. Nur das Gute, das kann man immer wieder sagen, und immer wieder hören's die Leute gern. Das Schlechte kann man nur einmal hören. Dann glaubt man's nit mehr, oder 's wird einem zum Ekel.“

„Ja, ja“, warf dann die Klar ein, „aber man kann die Geduld dabei verlieren.“

„Das kann man, aber man muß sich überwinden. Es hilft nichts. Das Gute bleibt doch von einem Menschen. Wenn sie alle Schlechtes von einem geglaubt haben, mit einmal ist doch das Gute oben auf. Kein Mensch weiß wie.“

„Glaubt Ihr, Lisbeth?“

„Steif und fest. Ich bin alt, recht alt — ich hab aber immer in meinem langen Leben das Schlechte unterliegen und das Gute siegen sehen.“

„Aber 's sieht doch manchmal ganz anders aus.“

„Es sieht nur so aus.“

„Morgen, um sechs seht, hör ich schon der Stangin ihr'n Kloßfuß über die Gäß schleifen.“

„Es ist nit recht, Klar, daß sie von der Stangin ihrem Körperfehler was sagt, das ist dem Menschen eher sein Leid als seine Schand.“

Die Klar wurde rot.

„So mein ich's auch nit, Lisbeth. Ich mein nur, man kennt sie dran. Die Euch am Holzbein. Aber das ich Euch eher zur Ehr.“

„Auch das nit. Es ist, wie einem andern die zwei gesunden Bein. Man muß nur eben sehen, damit weiter zu kommen — und durchzukommen durch die Welt. Und das in Ehren. Ja, das in Ehren, wenn auch mit Unglück. Das Unglück mach'ts nicht, wie's einer trägt, das gilt.“

„Sie braucht nun eine halbe Stunde länger in die Kirch und eine Stunde länger aus der Kirch, das alte

Gewitteraad. Nur, weil sie mich ausmachen muß. Das nimmt viel Zeit in Anspruch. Und was ist's denn Unrechtes, daß ich mein Philipp was will lernen lassen, und daß ich ihn in die Schul vom Krafft getan hab?“

„Das muß sie nit fragen, Klar, das muß sie wissen, daß das nichts Unrechtes ist.“

Die Klar machte nur helle Augen. Es war so gut, mit der Lisbeth zu plaudern. Sie wußte, was sie wußte, so fest und gewiß, wie der Kirchturnhahn, woher der Wind weht. Und sie sprach so weich, es tat einem ordentlich wohl.

„Wenn die ganze Gäß Stein auf sie wirft, Klar, nit dagegen werfen. Ein i-Sein gegen so viele ist nichts. Und der eine Stein gibt ihr Unrecht, Klar. Aus dem einen machen sie die andern ein Recht. Die Welt ist so.“

„Aber was denn dann tun?“

„Abseits gehen und warten, bis wieder das Recht gilt. Einmal gilt's wieder. Ganz gewiß, einmal gilt's wieder.“

„Aber leicht ist das nit.“

„Nein, aber das Richtige ist's. Und hintenach ist man froh drum. Die andern aber müssen sich schämen.“

„Ja, schämen — die und schämen.“

„Es gibt keine Menschen, Klar, die sich nit schämen. Glaub sie mir's, wer nur noch einen Funken Gutes in sich hat, der schämt sich auch. Und jeder hat noch einen Funken Gutes in sich. So schlecht sind die Leut hier nit, wenn's auch so scheinen könnt.“

„Noch schlechter sind sie.“

„Klar, das Gute sieht nit so oben drauf, wie sie meint. Das Gute sieht weiter unten. Drum hat's oft so viel Not, bis es oben drauf kommt. Aber auch grad drum sind die Menschen meist nit so, wie sie scheinen, sondern ganz unten ganz anders. Viel besser und schöner.“

„Ich glaub, Lisbeth, das lern ich nie. Ich bin ein Raubraub. Da ist alles, wie's auswendig ist. Sie guckt, wie's innen ist. Das lern ich nie.“

„Sie lern'ts noch.“

(Fortsetzung folgt.)

Groß-Berlin

Troy alledem!

Heute vor drei Jahren gab sich die deutsche Republik ihre Verfassung. Die Kaiser, Könige, Großherzöge, Herzöge, Fürsten usw. sind verjagt. Noch ist mehr zu schaffen. An dem heutigen Tage gedenken wir neben den Taten unserer Revolution auch der alten Revolutionäre und ihrer Sängere. Zu ihnen gehört neben Herwegh, Hoffmann von Fallersleben auch Ferdinand Freiligrath, dessen nachfolgendes Gedicht und trübseliges „Troy alledem“ noch vollkommen in die heutige Zeit paßt.

Ob Armut eurer Pöhl auch sei,
Hebt hoch die Stirn troy alledem!
Gehst lähn dem feigen Knecht vorbei,
Brag's, arm zu sein troy alledem!
Troy alledem und alledem,
Troy niederm Platz und alledem
Der Rang ist das Gepräge nur,
Der Mann das Gold troy alledem!

Und sitzt ihr auch beim fargen Raht
In Wohl und Wein und alledem,
Gönnt Schurken Samt und Goldpokal —
Ein Mann ist Mann troy alledem!
Troy alledem und alledem,
Troy Prunk und Pracht und alledem!
Der brave Mann, wie därtig auch,
Ist König doch troy alledem!

Delst „gnäd'ger Herr“ das Bürschchen dort,
Man sieht's am Stolz und alledem,
Doch lenkt auch Hunderte sein Wort,
's ist nur ein Tropf troy alledem!
Troy alledem und alledem,
Troy Band und Stern und alledem:
Der Mann von unabhängigem Sinn
Sieht zu und lacht zu alledem!

Ein Fürst macht Ritter, wenn er spricht,
Mit Sporn und Schild und alledem!
Den braven Mann kreiert er nicht,
Der steht zu hoch troy alledem!
Troy alledem und alledem,
Troy Würdenschmuck und alledem —
Des Innern Wertes Holz Gefäß
Kauft doch den Rang ab alledem!

Drum jeder fleh', daß es geschch',
Wie es geschieht troy alledem,
Daß Bert und Kern, 's nah wie fern,
Den Sieg erringt troy alledem!
Troy alledem und alledem,
Es kommt dazu troy alledem,
Daß rings der Mensch die Bruderhand
Dem Menschen reicht troy alledem!
Nach Robert Burns von Ferdinand Freiligrath.

Die Feiern am heutigen Verfassungstage

Die Kundgebungen zur Erinnerung an die Schöpfung der Weimarer Verfassung versprechen im ganzen Lande einen großen Erfolg. Überall haben sich zur Mitarbeit an den Vorbereitungen für den allgemeinen Feiertag des neuen Deutschlands alle Kräfte zusammenschlossen, die auf dem Boden von Weimar den Aufbau und Ausbau des neuen Staates betreiben wollen. In Berlin wird die feierliche Veranstaltung im Reichstag und Staatstheater durch Kundgebungen der SPD. (Rirkus Bulsch) und der Demokratischen Partei (Kammerstraße) unterstützt werden. Nebenbei geben die Jugendkundgebungen in der Bräuerlei Friedrichshain und die große republikanische Abendversammlung im Lustgarten (Dom und Altes Museum). Diese beginnt um 8 1/2 Uhr und bringt bis zum Anmarsch des Hordelanges zum Staatstheater die Neben namhafte Politiker aller republikanischen Parteien. Repräsentationen bekannter Berliner Schauspieler und ein Platzkonzert. Den Abschluß der gesamten Veranstaltungen bildet der Anmarsch vom Staatstheater, Umanu durch die Linden und Zusammenmarsch der Hordeln im Lustgarten.

Die Umbildung der Polizei

Auf Verlangen der R. N. R. A. wird die preussische Polizei auf den Stand der Organisation von 1913 zurückgeführt. Der Erlas des Ministers des Innern vom 24. Mai ist bis ins kleinste die Neuorganisation vor.

Nach diesem Erlas werden künftig Revierbeamte und Bereitschaft oder Reserveabteilungen bei der Schutzpolizei bestehen. Alle mit den polizeilichen Aufgaben nicht in Einklang zu bringenden Obliegenheiten, besonders militärische Spielereien, fallen fort. In Preußen sind die Schutzpolizeibeamten zu unmittelbaren Staatsbeamten durch das Schutzpolizeigesetz gemacht. Jede Beförderung, das wie im Reichsrahmengesetz angedeutet, der Beamte Angestellter werden könnte, ist nach der Versicherung des Ministers des Innern hinfällig. Die Polizei bekommt eine blaue Uniform. Sie soll durchaus von der Reichswehr abweichen. Vorbehaltslich geringere Veränderungen wird Berlin 11.078 Beamte für die Revierpolizei und 6000 Beamte für die Reserveabteilung bekommen.

Der luftpolizeiliche Überwachungsdienst für die Provinz Brandenburg, der die Regierungsbezirke Frankfurt a. O., Potsdam, Stadtkreis Berlin sowie Regierungsbezirk Schneidemühl einfaßt. Grenzmark Posen und Wehrpreußen wird von zwei oberen Polizei-Oberbeamten und 50 Polizeiwachmeister auszuführen werden.

Die Beamten der Verwaltungspolizei bleiben vorläufig von den neuen Bestimmungen unberührt. Die Leitung der Reviere wird polizeilichen Nachleuten, die als Reviervorsteher tätig sein werden, überlassen. Alle militärischen Übungen sind streng untersagt.

Die bei der Schutzpolizei außerordentlich wichtige Frage der Weisungsbeschränkung ist dahingehend gelöst, daß

die in den Revieren tätigen und nach dort überwiesenen Beamten der Weisungsbeschränkung nicht unterliegen. Von den in den Reserveabteilungen bleibenden jüngeren Beamten wird eine gewisse Zahl ebenfalls die Weisungsbeschränkung bekommen. Die Tätigkeit der Schutzpolizei umfasst im allgemeinen folgende Aufgaben: Schutz der Republik und des Gemeinwefens, der Person und des Eigentums gegen gewaltsame Rechtsverletzung jeder Art, Erhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung, insbesondere auf öffentlichen Plätzen, Straßen, Brücken, sowie Schutz der öffentlichen Anlagen, Erhaltung der öffentlichen Sicherheit bei Versammlungen, öffentlichen Ausgängen, sowie bei Gelegenheit des Zusammenströmens größerer Menschenmengen, Verhütung strafbarer Handlungen sowie deren Erforschung und Verfolgung bis zum Einreifen der Kriminalpolizei, Verkehrs- polizei, Verkehrsbrennerei, Beaufsichtigung des öffentlichen Verkehrsweffens sowie des Straßengewerbebetriebes, Feuerpolizei, Verkehr mit Sprengstoffen und leicht entzündlichen Stoffen, Bahnhofsdienst, Gewerbevolizei, Marktvolizei, äußere Heilhaltung der Sonn- und Feiertage, Theaterdienst, Fürsorge für Hilfsbedürftige, Verletzte und Kranke, Gefangenentransportwesen. Die Ausbildung der neu aufgenommenen Beamten erfolgt auf der Polizeihochschule, deren je eine für jede Provinz vorgesehen ist. Den jüngeren Polizeiführern steht der Aufsicht auch zu den Polizeioffizieren offen. Das Ministerium hat in dem Plan der Umformierung circa 40 Prozent der Stellen offene lassen.

Die Bevölkerung, die am Aufbau der Polizei das größte Interesse hat, kann durch den Erlas vom 24. Mai d. Js. in jeder Hinsicht beruhigt sein. Es wird versucht, eine wirkliche Polizei zu schaffen und alle stillen und geheimen Hoffnungen gewisser Kreise, durch die Schutzpolizei etwas anderes zu erreichen, sind wohl bald als erledigt zu betrachten. Der größte Teil der Beamten ist mit der Neuorganisation von Herzen einverstanden, da die Beamten wirklich Polizeibeamte und nicht etwa Reichswehr 2. Klasse sein möchten.

Kriegsbeschädigte auf der Straßenbahn

Im allgemeinen haben die deutschen Straßen- und ein großer Teil der Kleinbahnen den deutschen Kriegsbeschädigten auf ihren Strecken bestimmte Vorrechte und Vorteile gegenüber den gesunden Fahrgästen eingeräumt, die bisher auf den arbeits dieser Unternehmen, der Berliner Straßenbahn, noch in keiner Weise Geltung hatten. Die Reihe dieser Vorteile ist je nach der einzelnen Bahn verschieden, gemeinsam haben jedoch fast alle dieser Bahnen eine Fahrpreiermäßigung für schwerverletzte, sei es durch Abgabe billigerer Reiskarten, sei es durch die Ermäßigung von Einzelfahrten auf Grund eines besonderen Auswefes. Nach langem Aaern und erst als der Fahrpreis der Straßenbahnneufahrt in Berlin auf der für einen erwerbsbeschränkten Kriegsbeschädigten fast unerschwinglichen Höhe von vier Mark die Einzelfahrt angekommen war, hat sich die Berliner Stadtverordnetenversammlung zu einem Beschluß verstanden, der eine Fahrpreiermäßigung für minderbemittelte und in höherem Grade erwerbsbeschränkte Kriegsbeschädigte vorsieht.

Wie bei ähnlichen Vorrechten für die Kriegsbeschädigten sollte auch in diesem Falle das Reich die Mittel für die dauernde Durchführung dieses Beschlusses bewilligen. Daher wurde die Fahrpreiermäßigung für Kriegsbeschädigte auf den Strecken der Berliner Straßenbahn zur Begünstigung dem Reichsarbeitsministerium vorgelegt, nach dem das städtische Verkehrsamt die genannten Bestimmungen nach den von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Richtlinien ausgearbeitet hatte. Wofen sind über diese Sache inzwischen die Verhandlungen. Eine weitere Pariserhöhung hat für die Kriegsbeschädigten, die in den Genuss einer billigeren Straßenbahnfahrt kommen sollten, die Benutzung der Straßenbahn völlig zur Unmöglichkeit gemacht. Mühsam müffen die Schwerverletzten ihren meist nicht kurzen Wege von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück zurücklegen, ohne daß das Arbeitsministerium in dieser Angelegenheit irgendeinen Beschcheid erteilt hätte. Eine tut not und wer schnell gibt, gibt doppelt!

Lausbuben

Welche Verheerungen die deutschnationalen und besonders deutschvölkische Hebe in den Köpfen Junendlicher anrichtet, zeigte sich prägnant durch die Ermordung Rathenau's. Die Gefahren einer weiteren nationalistischen und völkischen Verbildung unreifer Junendlicher dürfen keinesfalls unterschätzt werden, denn gar zu leicht werden Junendliche, die fast keine moralischen Remunonen kennen, für ein „Ideal“ zu Verbrennern. Seit dem Mord an Rathenau ist nach der Richtung hin die Junendliche von den deutschvölkischen Verbrecherkreisen fernhalten, von der Regierung so gut wie nichts getan. Diese Junendlichen Organisationen bestehen weiter und ihre Anführer, Lausbuben im wahren Sinne des Wortes, treten immer frecher auf. Die Aien der Botanergemeinde sind noch etwas zurückhaltender, die Jungen glauben aber, daß die Luft für ihr Treiben wieder rein sei. Ihnen muß mit aller Schärfe entgegengetreten werden, und zwar auch im eigenen Interesse dieser Völkische, für die es viel besser wäre, wenn sie sich auf den Boden besetzten und etwas lernten. Es ist eine Tragik, daß das Volk, daß die Republik außerordentlich hohe Aufschüsse für höhere Schulen und Universitäten gibt, und die Jungen, die auf Grund dieser Aufschüsse sich Wissen aneignen können, sie sind Gegner der Republik und damit Feinde der Volksgemeinschaft.

Immer und immer wieder steht man höhere Schüler mit monarchistischen Ansichten. In der Gegend des Bahnhofes Weißensee kann man diese grünen Bürschchen, die unter der Dhot eines Pfaffen stehen, täglich beobachten, trich und frei mit dem Absichten des Bismarckbundes oder anderen kinklerischen schmückt.

Ein Genosse berichtet uns von dem Treiben einer ganzen Bande dieses hoffnungslosen Nachwuchses am Bahnhofs- hof. Zwei Passanten, die Wanderrückführung trugen, liefen Gel- lach, von diesen stiltlich verwickelten Jungen Beuten ver- prägelt zu werden. Aber Unterhaltung nach waren sie auf einer Kommunistenversammlung. Schließhch verschwand die ganze Gesellschaft mit „Deutschland, Deutschland über alles“ im Tiergarten.

Arbeiter, paßt auf, tretet dem Treiben entgegen, weist diese Lausbuben in ihre Schranken zurück, daß sie sich dort verziehen, wo sie hingehören: an Mitters Schürze. Daß sich die Eltern solcher Kräfte eigenlich denken, daß wir's auch einem Nervenanat unklar sein.

Das Verfahren gegen die Rathenau-Mörder

In der Rathenau-Mordfache sollte, wie berichtet, die Vor- unteruchung in diesen Tagen von dem besonders beauftrag- ten Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Dr. Allen, ge- schlossen werden. Es ist jedoch im letzten Augenblick noch eine Verzögerung des Abschlusses des Vorverfahrens ein- getreten. Der Kapitänleutnant Dietrich, der auch in die Mordfache verwickelt ist und wie erinnerlich, vor kurzem in Erfurt in Haft genommen wurde, ist erst vor wenigen Tagen in das hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Da die Voruntersuchung auch auf ihn ausgehend worden ist, sind weitere Vernehmungen erforderlich ge- wesen, weshalb der Abschluß der Voruntersuchung sich noch einige Tage hinaziehen wird. — Uebriens befreitet der in der Sache verwickelte Voh, von dem namen Mordplay und der Bestimmung des unterzubringenden Autos etwas ge- wußt zu haben. — Tschow hält die Version aufrecht, daß er nur auf Befehl und nach seiner späteren Weigerung ge- zwungenermaßen das Mordauto geführt habe.

Von der StraÙe zum Spielplatz

Die Notwendigkeit der Schaffung neuer Spielplätze für die Erhaltung unserer heranwachsenden Jugend hat den Bezirks Wilmersdorf auf den nicht alltäglichen Ausweg ge- bracht, den Teil einer StraÙe in einen Spielplatz umzu- wandeln. Nach einer Befragung der Schutzpolizei im Wilmersdorf soll die Bannhensheimstraße zwischen der Barm- brunner und Reinersstraße eingezogen werden, um auf dem so gewonnenen Gelände einen Spielplatz anzulegen. Ein- sprüche gegen die Absicht können innerhalb von vier Wochen bei der Wilmersdorfer Begepolizei Abt. 1 geltend gemacht werden.

Wiederaufnahme der Duäterspeisung in Neudönu.

Die allgemeine Schulpflichtung sowie die Speisung werden- der und hilfender Rütter, Jugendlicher (14—18 Jahre) und Kleinkinder (2—6 Jahre) nimmt Montag, den 21. August d. Js. wieder ihren Anfang. Für die letztgenannten Per- sonenkreise ist vorherige Anmeldung im Büro der Duäter- stich, Bergstraße 55, erforderlich. Die Meldungen können schon jetzt, und zwar werktags von 9—3 Uhr, erfolgen. Der Preis für eine Essensportion beträgt 1 Mk. und ist wöchenthch im voraus zu entrichten.

Anhebung der Sperre über die Brauerei Friedrichshain. Die zuständigen nemerkenschaftliche Organisation teilt uns mit, daß die Sperre über die Brauerei Friedrichshain aufge- hoben ist.

Jugendweihe, Plichtensera. Der Vorbereitungsunterricht zur Jugendweihe beginnt am Sonnabend, dem 19. August, nachmittags 4 Uhr, im Gelandesaal des Jahr-Real- gymnasiums, Marktstraße. Anmeldungen von Kindern der christlichen Schule, die an der Jugendweihe teilnehmen wollen, werden dort noch entgegengenommen.

Beihilfe für den Zoo. Der Magistrat hat beschlossen, dem dem Zoologischen Garten gewährten Betriebsvoranschlag in Höhe von 400.000 M. in eine Beihilfe umzuwandeln. — Das sind also nur einen anderen Namen bekommen, wonach dem Zoo in Wirklichkeit nicht sonderlich adient sein dürfte. Unseres Erachtens ist es Pflicht der Kommune, mehr Mittel für den Zoo aufzubringen und andererseits Mittel, z. B. beim Kapitel „Seefore“ zu sparen.

Keine Ausländersteuer in Berlin. Der Magistrat ist dem Beschluß der Finanz- und Steuerdeputation beigetreten, von der Erhebung von Steuerzuschlägen von den Ausländern Abstand zu nehmen.

Schöpfung der Gebühren für die Bedürfnisanstalten. Der Magistrat hat beschlossen, die Gebühren für die Benutzung der Bedürfnisanstalten wie folgt festzusetzen: 1. Kl. 1,50 M., 2. Kl. für Männer 0,75 M., 2. Kl. für Frauen 0,50 M. Die neuen Gebühren sind sofort zu erheben. Der Stadtverord- netenversammlung ist nachträglich Vorlage zu machen.

Die Bauarbeiten an der Untergrundbahn Nord-Süd in der mittleren Friedrichstraße nähern sich allmählich ihrem Ende. Selbst die schmerzhaften Arbeiten unter dem Tunnel der Untergrundbahn Leipziger Platz—Spittelmarkt, der von der Nord-Südbahn im Auge der Rohrenstraße gekreuzt wird und von dem aus ein Verbindungsbaum nach dem Bahnhof Leipziger Straße abzweigt, sind jetzt so weit beendet, daß ein großer Teil der vorläufigen Ein- richtung in der Friedrichstraße fertiggestellt werden konnte und die Straße für den Kanadverkehr, der seit Jahren ge- sperrt war, teilweise wieder freigegeben werden konnte. Gleichmähig mit dem Rohbau fortschreitend wird auch an dem Innenausbau der Bahn gearbeitet. Die ihrer endlichen Fertigstellung wenigstens auf der Stammstrecke entgegen- steht.

Die Schierelei auf Vorortzüge will kein Ende nehmen. Vorgeftern abend um 8 Uhr erhielt wieder ein Zug auf der Strecke Friedenau—Stegh zwischen der Schwarzener und der Saarbrücke einen Schuß. Die Kugel zertrümmerte ein Abteilfenster und blieb in der gegenüberliegenden Wand hängen. Verletzt wurde niemand. Mittelungen zur Auf- klärung, für die eine Belohnung von 5000.— M. ausgesetzt ist, nimmt Kriminalkommissar Hr. Niemann in Zimmer 84 des Polizeipräsidiums entgegen.

Bei Hautausschlag, Beinschäden (Krampfader)

Ist San.-Rat **Hautsalbe** seit 100 Jahren **Dr. Sirahi's** **Hautsalbe** ein mildes und wirksames Mittel. Original-Dose 58 — und 70 — Mark. im Handel. Prospekt, Eintr. 11 1/2. **Elefant-Apotheke, Berlin SW., Leipziger Str. 74**

Ed. Goldackers

28 Filialen

in allen Stadtteilen

kauft man Lebensmittel am **besten u. billigsten**

Eigene Dampfmühle • Eigene Bäckerei

Mehle.

Centrale: Brunnenstr. 129/30
Telef. Amt Kamboldt 5813/14

